

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Berechnung 2016 für Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag

Aktuelle Veranlagungswahl: Zusammenveranlagung

Festsetzung	Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €
Festgesetzt werden	15.783,00	494,39
ab Steuerabzug vom Arbeitslohn		
- Ehemann	16.602,00	521,73
- Ehepartner	0,00	0,00
Verbleibende Beträge	-819,00	-27,34
Abrechnung		
Abzurechnen sind	-819,00	-27,34
bereits gezahlt (Vorauszahlungen)	0,00	0,00
Unterschiedsbetrag	-819,00	-27,34
Ausgleich durch Verrechnung	0,00	0,00
demnach zu viel entrichtet	819,00	27,34

Erstattungsbetrag: 846,34

Durchschnittlicher Steuersatz (ohne Abgeltungsteuer) 25,7052 %
 Grenzsteuersatz (ohne Abgeltungsteuer) 31,6476 %

Besteuerungsgrundlagen:

Berechnung des zu versteuernden Einkommens und der Einkommensteuer

		Ehemann Euro		Ehefrau Euro
	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
	Bruttoarbeitslohn	87.246		
	ab Werbungskosten			
K01	Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	767		
	Übrige Werbungskosten	475		145
	darin Bewerbungskosten	271	26	
	darin Aufwendungen für Telefon und Internet	85		
	darin weitere Werbungskosten	119	119	
	Einkünfte	86.004		-145
	Sonstige Einkünfte			
	Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen und aus betrieblichen Altersvorsorgen	2.328		
K02	ab Werbungskosten-Pauschbetrag	102		
	Einkünfte	2.226		0
	Summe der Einkünfte	88.230		-145
	Verlustausgleich Ehepartner	-145		145
	Gesamtbetrag der Einkünfte	88.085		0
	Gesamtbetrag der Einkünfte insgesamt			88.085
	ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben			
	Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	13.913		
K03	davon 82 %		11.409	
	ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung verbleiben		6.956	4.453
	Beiträge zur Basiskrankenversicherung	7.984		
	ab Kürzungsbetrag	170		

	verbleiben	7.814		
	Beiträge zur Pflegeversicherung	1.195		
	Summe der Beiträge	9.009		
	ab steuerfreie Arbeitgebererstattungen	4.309		
	verbleiben		4.700	
	Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen			9.153
	ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben			
	Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG		2.313	
	Für Amelie (07.10.2009) 841 €			
	Für Sophie (29.12.2011) 1.472 €			
K04	Ausbildungskosten		723	
	Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben			3.036
	Einkommen			75.896
K05	ab Kinderfreibeträge für 2 Kinder			9.216
	ab Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf für 2 Kinder			5.280
	zu versteuerndes Einkommen			61.400
	Berechnung der Einkommensteuer			
				Euro
	Zu versteuern nach dem Splittingtarif	61.400		11.376
	Tarifliche Einkommensteuer			11.376
K06	ab Steuerermäßigung nach § 35a EStG			153
K07	dazu Kindergeld oder vergleichbare Leistungen			4.560
	Festzusetzende Einkommensteuer			15.783
	Berechnung des Solidaritätszuschlags			
				Euro
	Zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung von Freibeträgen für Kinder in Höhe von	21.744		54.152
	Zu versteuern nach dem Splittingtarif	54.152		9.142
	Tarifliche Einkommensteuer			9.142
	ab Steuerermäßigung nach § 35a EStG			153
	Festzusetzende Einkommensteuer (ohne Steuer nach § 32d EStG)			8.989
K08	Bemessungsgrundlage (ohne Steuer nach § 32d EStG)			8.989
	davon 5,5 % Solidaritätszuschlag			494,39
	Festzusetzender Solidaritätszuschlag			494,39

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlag kann mit einem Einspruch angefochten werden.
In der Registerkarte Einkommensteuer 2016 Musterschreiben des WISO steuer:Sparbuchs sind bereits einige Einsprüche ausgearbeitet worden.

Der Einspruch ist beim entsprechenden Finanzamt oder bei der entsprechenden Außenstelle schriftlich einzureichen, elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit der Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen welchen ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dieses gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Auch wenn Sie einen Einspruch einlegen, müssen Sie die angeforderten Beträge fristgemäß zahlen, es sei denn, dass die Vollziehung des Bescheids ausgesetzt oder Stundung gewährt worden ist.

In der Registerkarte Einkommensteuer 2016 Musterschreiben des WISO steuer:Sparbuchs können diese Anträge zusätzlich mit einem Einspruch oder auch separat gestellt werden.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen der Steuerbescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung durch eingeschriebenen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

In der Registerkarte Werkzeuge - Einspruchsfrist berechnen unterstützt Sie das WISO steuer:Sparbuch bei der Ermittlung dieser Frist.

Hinweis: Entscheidungen in einem Grundlagenbescheid (z. B. Feststellungsbescheid) können nur durch Anfechtung des Grundlagenbescheids, nicht auch durch Anfechtung eines davon abhängigen weiteren Bescheids (Folgebescheid) angegriffen werden. Wird ein Grundlagenbescheid berichtigt, geändert oder aufgehoben (z. B. aufgrund eines eingelegten Einspruchs), so werden die davon abhängigen Bescheide von Amts wegen geändert oder aufgehoben.

Wird also gegen den Steuerbescheid erfolgreich ein Einspruch eingelegt und ändert sich dahingehend die festgesetzte Einkommensteuer, so wird der Solidaritätszuschlag und eventuell die Kirchensteuer ebenfalls von Amts wegen an die neue Bemessungsgrundlage angepasst.

Hinweis: Sind Ihnen wegen eines falschen Steuerbescheids unnötige Kosten entstanden, können Sie diese vom Finanzamt zurückverlangen. Das gilt insbesondere für den Fall, dass sich wegen eines Urteils des Bundesfinanzhofs die Rechtsprechung kurzfristig ändert und der Finanzbeamte davon noch nichts mitbekommen hat. Nach Ansicht der Richter des Oberlandesgerichts Koblenz (AZ: 1 U 1588/01) muss die Behörde Ihre Mitarbeiter zeitnah über grundlegende Urteile informieren. Ergehen also fehlerhafte Bescheide auf Grund von Unkenntnis des Finanzbeamten, können Sie versuchen, eventuell Kostenersatz für zusätzliche Steuerberatungskosten und für die Korrektur des Steuerbescheides zu verlangen. Ob Sie damit Erfolg haben werden, wird sich zukünftig zeigen.

Kommentierung zur Steuerberechnung

K01 Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte, können mit einer Verkehrsmittel unabhängigen Entfernungspauschale geltend gemacht werden. Tatsächliche Aufwendungen, beispielsweise für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, können seit 2012 nur noch angesetzt werden, soweit sie den im Kalenderjahr insgesamt als Entfernungspauschale abziehbaren Betrag übersteigen. Lediglich speziell behinderte Menschen können ihre tatsächlichen Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte geltend machen.
(§ 9 Abs. 2 EStG)

K02 Werbungskosten-Pauschbetrag

Sind keine Werbungskosten (Ausgaben) bei den Renten, sonstigen wiederkehrenden Bezügen, Ausgleichsleistungen, Unterhaltsleistungen oder Leistungen aus Altersvermögensverträgen eingetragen oder liegen die tatsächlichen Werbungskosten unter dem sogenannten Werbungskosten-Pauschbetrag, wird bei Ermittlung der Sonstigen Einkünfte der Werbungskosten-Pauschbetrag berücksichtigt. Der Pauschbetrag beträgt maximal 102 €. Liegen die Einnahmen darunter, so wird er auf die Höhe der entsprechenden Einnahmen begrenzt.
(§ 9a Nr. 3 EStG)

K03 Altersvorsorgeaufwendungen - Prozentuale Steigerung

Im Kalenderjahr 2016 sind 82 % der ermittelten Vorsorgeaufwendungen abzugsfähig. Dieser Prozentsatz erhöht sich in den folgenden Jahren bis zum Kalenderjahr 2025 um je 2 %.
(§ 10 Abs. 3 Satz 4 und 6 EStG)

K04 Aufwendungen für Berufsausbildung oder Weiterbildung

Aufwendungen für Berufsausbildung oder Weiterbildung in einem nicht ausgeübten Beruf sind als Sonderausgaben unabhängig von der Art der Unterbringung im Kalenderjahr bis zu 6.000 € im Kalenderjahr abzugsfähig.
(§ 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG)

K05 Freibeträge für Kinder

Es findet eine Günstigerprüfung zwischen dem Ansatz der Freibeträge für Kinder und dem erhaltenen Kindergeld (bzw. dem Anspruch auf Kindergeld) statt. Ist der Ansatz der Freibeträge günstiger als das erhaltene Kindergeld (bzw. der Anspruch auf Kindergeld), werden die Freibeträge für Kinder vom Einkommen abgezogen. Das erhaltene Kindergeld (bzw. der Anspruch auf Kindergeld) wird in diesem Fall wieder der Einkommensteuer hinzugerechnet.
(§ 32 Abs. 6 EStG, § 31 EStG, § 36 Abs. 2 Satz 1 EStG)

K06 Steuerermäßigung nach § 35a EStG

Bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen wird eine Steuerermäßigung nach § 35a EStG gewährt. Die Höhe der Steuerermäßigung ist dabei je nach Art der Aufwendungen unterschiedlich.
Wird eine haushaltsnahe Beschäftigung als sogenannter Minijob ausgeübt, so sind maximal 510 € als Steuerermäßigung abzugsfähig.
Für andere haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse oder für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen sind 20 % der Aufwendungen, maximal 4.000 €, als Steuerermäßigung abzugsfähig.
Die Steuerermäßigung kann auch in Anspruch genommen werden für die Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen.
Sind in den Aufwendungen zur Unterbringung in einem Heim oder zur dauernden Pflege Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, so kann die Steuerermäßigung auch für diesen Anteil gewährt werden.
Von Handwerksleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind zusätzlich pro Jahr 20 %, maximal 1.200 €, abzugsfähig.
(§ 35a EStG)

K07 Hinzurechnung Kindergeld

Es findet eine Günstigerprüfung zwischen dem Ansatz der Freibeträge für Kinder und dem erhaltenen Kindergeld (bzw. dem Anspruch auf Kindergeld) statt. Ist der Ansatz der Freibeträge günstiger als das erhaltene Kindergeld (bzw. dem Anspruch auf Kindergeld), werden die Freibeträge für Kinder vom Einkommen abgezogen. Das erhaltene Kindergeld (bzw. der Anspruch auf das Kindergeld) wird in diesem Fall wieder der Einkommensteuer hinzugerechnet.
(§ 32 Abs. 6 EStG, § 31 EStG, § 36 Abs. 2 Satz 1 EStG)

K08 Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ist die Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag die Einkommensteuer, die abweichend von § 2 Abs. 6 EStG unter Berücksichtigung von Freibeträgen nach § 32 Abs. 6 EStG in allen Fällen des § 32 EStG festzusetzen wäre. Die Einkommensteuer auf Kapitaleinkünfte nach § 32d Absatz 3 und 4 EStG ist in diese Bemessungsgrundlage nicht einzubeziehen.
(§ 3 SolZG)

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Erläuterungen und Hinweise

Hinweis zur Vorläufigkeit von Steuerfestsetzungen

- ♦ Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG)
- ♦ Beschränkte Abziehbarkeit sonstiger Vorsorgeaufwendungen für Veranlagungszeiträume ab 2010 (§ 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG)
- ♦ Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG
- ♦ Höhe des Grundfreibetrags (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)
- ♦ Berücksichtigung von Beiträgen zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen eines negativen Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG)
- ♦ Abzug der zumutbaren Belastung bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung (§ 32 Abs. 3 EStG)
- ♦ Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995 für Veranlagungszeiträume ab 2005

Stand: BMF-Schreiben vom 20.01.2017 - IV A 3 - S 0338/07/10010

Der Steuerbescheid der Finanzbehörde wird hinsichtlich der oben genannten Punkte für vorläufig erklärt.

Gründe für eine Vorläufigkeit können darin begründet sein, dass es ungewiss ist,

- ♦ ob und wann Verträge mit anderen Staaten über die Besteuerung, die sich zugunsten des Ehemanns auswirken, für die Steuerfestsetzung wirksam werden,
- ♦ das Bundesverfassungsgericht die Unvereinbarkeit eines Steuergesetzes mit dem Grundgesetz festgestellt hat und der Gesetzgeber zu einer Neuregelung verpflichtet ist oder
- ♦ die Vereinbarkeit eines Steuergesetzes mit höherrangigem Recht Gegenstand eines Verfahrens bei dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, dem Bundesverfassungsgericht oder einem obersten Bundesgericht ist.

Durch den Vorläufigkeitsvermerk ersparen Sie sich einen Einspruch zu den oben genannten Punkten und die Finanzbehörden ersparen sich dementsprechend die Bearbeitungszeit für diese Einsprüche. Ist eine Entscheidung gefallen und die Ungewissheit beseitigt worden, so wird der Steuerbescheid automatisch seitens der Finanzbehörde geändert oder für endgültig erklärt.

Hinweis zur Berechnung

Die vom Programm ermittelte Erstattung beträgt 846,34 €. Wenn das Finanzamt in allen Punkten mit dieser Steuererklärung übereinstimmt, sollte der amtliche Bescheid den Betrag in gleicher Höhe ausweisen.

Hinweis zur Wahl der Veranlagungsart

Es ist die Zusammenveranlagung ausgewählt. Dieses ist auch die günstigste Wahl für Sie.

Bei der Zusammenveranlagung ergibt sich eine Erstattung von insgesamt: 846,34 €

Bei der Einzelveranlagung von Ehepartnern mit Antrag auf hälftige Verteilung ergibt sich eine Nachzahlung von insgesamt: 8.972,57 €

Bei der Einzelveranlagung von Ehepartnern ohne Antrag auf hälftige Verteilung ergibt sich eine Nachzahlung von insgesamt: 6.270,71 €

Hinweis zur Günstigerprüfung bei Kindern

Für 1 Kind wurde die gebotene steuerliche Freistellung des Existenzminimums durch das Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen bewirkt. Die Berücksichtigung eines Kinderfreibetrags und eines Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens kommt insoweit nicht in Betracht. Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag wurden die Freibeträge für Kinder jedoch einbezogen.

Hinweis zur Günstigerprüfung bei Kindern

Für 2 Kinder wurden ein Kinderfreibetrag und ein Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf berücksichtigt. Das entsprechende Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen wurden - auch soweit lediglich ein zivilrechtlicher Ausgleichsanspruch bei der Bemessung der Unterhaltsverpflichtung besteht - insoweit bei der Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer hinzugerechnet. Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag wurden das Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen nicht hinzugerechnet.

Günstigerprüfung: Kindergeld oder Freibeträge für Kinder

Hinweis zur zumutbaren Belastung

Bestimmte außergewöhnliche Belastungen (z. B. Krankheitskosten) wirken sich steuerlich erst aus, wenn sie die sogenannte zumutbare Belastung überschritten haben.

Nach bisheriger Verwaltungsauffassung betrug die zumutbare Belastung 1.761 €.

Bei der Ermittlung richtete man sich dabei ausschließlich nach der höchsten Stufe, sobald der Gesamtbetrag der Einkünfte eine der Grenzen überschritten hat. In Ihrem Fall entsprach die zumutbare Belastung somit 2 % vom Gesamtbetrag der Einkünfte (= 88.085 €).

Neue Rechtsprechung:

Abweichend von dieser bisherigen Auffassung soll das Gesetz so zu verstehen sein, dass nur der Teil des Gesamtbetrags der Einkünfte (GdE), der den gesetzlichen Grenzbetrag übersteigt, mit dem jeweils höheren Prozentsatz belastet wird. Dies hat der Bundesfinanzhof in seinem Urteil VI R 75/14 vom 19.1.2017 entschieden.

Ermittlung der zumutbaren Belastung:

- GdE bis 15.340 €:	1 % x 15.340 €	153,40 €
- GdE über 15.340 € bis 51.130 €:	1 % x 35.790 €	357,90 €
- GdE über 51.130 €:	2 % x 36.955 €	739,10 €
Zumutbare Belastung insgesamt:		1.250,— €

Damit wäre die zumutbare Belastung um 511 € niedriger als bisher und es können mehr außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden.

Ob und wann die Finanzverwaltung dieses Urteil anwenden wird, ist noch nicht geklärt. Wir werden dies weiter für Sie beobachten.

In der Registerkarte Einkommensteuer 2016 Musterschreiben ist bereits ein Einspruch ausgearbeitet worden, falls Ihr Finanzamt die alte Rechtsauffassung anwenden sollte.

Hinweis zum Anspruch auf die Arbeitnehmersparzulage

Die Voraussetzungen für die Gewährung der Arbeitnehmersparzulage sind nicht erfüllt.

Voraussetzung für die Sparzulage ist, dass die speziellen Einkommensgrenzen (das anzupassende zu versteuernde Einkommen) nicht überschritten werden. Bei Bausparverträgen und beim Wohnungsbau darf das anzupassende zu versteuernde Einkommen nicht über 35.800 € liegen. Bei Sparverträgen über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen, bei Wertpapier-Kaufverträgen und bei Beteiligungs-Verträgen oder bei Beteiligungs-Kaufverträgen darf das Einkommen 40.000 € nicht übersteigen.

Bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens werden für die Arbeitnehmersparzulage gegebenenfalls noch Freibeträge für Kinder und Einkünfte nach dem Teileinkünfteverfahren berücksichtigt.

In Ihrem Fall liegt das maßgebende zu versteuernde Einkommen bei 54.152 € und somit oberhalb dieser Grenzen.

Kapitaleinkünfte nach § 32d Abs. 3 und 4 EStG sind bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens nicht zu berücksichtigen.

Hinweis zum Anspruch auf die Wohnungsbauprämie

Die Voraussetzungen für die Gewährung der Wohnungsbauprämie sind nicht erfüllt.

Voraussetzung für die Wohnungsbauprämie ist, dass die Einkommensgrenze (zu versteuernde Einkommen) nicht über 51.200 € liegt. Bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens werden für die Arbeitnehmersparzulage gegebenenfalls noch Freibeträge für Kinder und Einkünfte nach dem Teileinkünfteverfahren berücksichtigt.

In Ihrem Fall liegt das maßgebende zu versteuernde Einkommen bei 54.152 € und somit oberhalb dieser Grenze.

Kapitaleinkünfte nach § 32d Abs. 3 und 4 EStG sind bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens nicht zu berücksichtigen.

Hinweis zur Aufbewahrung

Bitte bewahren Sie den Original-Bescheid der Finanzbehörde auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z. B. für Erziehungsgeld, Leistungen nach dem BAföG).

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Ermittlung der Vorsorgeaufwendungen

Die gesetzlichen Regelungen zum Abzug von Vorsorgeaufwendungen sind in bestimmten Fällen ungünstiger als die entsprechenden Regelungen bis 2004. Zur Vermeidung einer Schlechterstellung wird von Amts wegen eine Vergleichsberechnung zwischen altem und neuem Recht durchgeführt und der höhere Betrag angesetzt.

Ermittlung der Vorsorgeaufwendungen

Ermittlung der Altersvorsorgebeiträge gem. § 10 Abs. 3 EStG

Altersvorsorgebeiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG		
Arbeitnehmeranteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen	6.957	
Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen	6.956	
Summe 1	13.913	

K01	Höchstbetrag nach § 10 Abs. 3 EStG		
	Höchstbetrag	45.534	
	Summe 2	45.534	

K02	Niedrigerer Betrag von Summe 1 und Summe 2	13.913	
	davon 82 %	11.409	
	ab Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung	6.956	
	Abziehbare Altersvorsorgebeiträge	4.453	4.453

Ermittlung der übrigen Vorsorgeaufwendungen gem. § 10 Abs. 4 EStG

	Übrige Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		
	Basiskrankenversicherungen	7.984	
	Pflege-Pflichtversicherungen	1.195	
	Zuschüsse und Erstattungen	4.309	
	Summe	4.870	4.870
	davon Beiträge mit Anspruch auf Krankengeld	4.272	
K03	Kürzungsbetrag (4 % von 4.272)		170
	Summe		4.700

	Übrige Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG		
K04	Übrigen Kranken- und Pflegeversicherungen		170
	davon ansetzbarer Kürzungsbetrag	170	
	Arbeitslosenversicherungen		1.116
	Unfall-, Haftpflicht- und Risikoversicherungen		376
	Summe		1.662

	Übrige Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 3a EStG		6.362
K05	Höchstbetrag nach § 10 Abs. 4 EStG		
	Höchstbetrag für Andrei		1.900
	Höchstbetrag für Alesya		1.900
	Höchstbetrag		3.800
	Mindestbetrag nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		4.700

Da der Höchstbetrag geringer ist als die Summe der übrigen Vorsorgeaufwendungen, werden die übrigen Vorsorgeaufwendungen auf den Höchstbetrag beschränkt. Allerdings müssen seit 2010 mindestens die Beiträge zur Basiskranken- und Pflege-Pflichtversicherung abzugsfähig sein, so dass diese zum Ansatz kommen.

K06	Übrige abziehbare Vorsorgeaufwendungen	4.700	4.700
	Vorsorgeaufwendungen		9.153

Ermittlung der Vorsorgeaufwendungen bis 2004 (Vergleichsberechnung)

K07	Summe der Versicherungsbeiträge	13.319	
	Vorwegabzug	2.400	
K08	Minderung n. § 10 Abs. 3 Nr. 2 EStG (2004)	13.959	
	verbleibender Vorwegabzug	0	0
	verbleibende Versicherungsbeiträge	13.319	
	abziehbar	2.668	2.668

	verbleiben	10.651		
	davon höchstens abziehbar	1.334	1.334	
K09	Vorsorgeaufwendungen bis 2004			4.002
	Die Vergleichsberechnung ergibt, dass der Abzugsbetrag nach aktuellem Rechtsstand um 5.151 € günstiger ist als die Altregelung bis 2004.			
	Ansetzbare Vorsorgeaufwendungen			9.153

Kommentierung "Vorsorgeaufwendungen"

K01 Altersvorsorgeaufwendungen - Höchstbetrag

Vorsorgeaufwendungen sind bis zu einem Höchstbetrag von 22.767 € zu berücksichtigen. Da Sie die Zusammenveranlagung gewählt haben, verdoppelt sich dieser Höchstbetrag auf 45.534 €.
(§ 10 Abs. 3 Satz 1 und 2 EStG)

K02 Altersvorsorgeaufwendungen - Prozentuale Steigerung

Im Kalenderjahr 2016 sind 82 % der ermittelten Vorsorgeaufwendungen abzugsfähig. Dieser Prozentsatz erhöht sich in den folgenden Jahren bis zum Kalenderjahr 2025 um je 2 %.
(§ 10 Abs. 3 Satz 4 und 6 EStG)

K03 Kürzungsbetrag für Beiträge mit Anspruch auf Krankengeld

Wenn sich aus den Krankenversicherungsbeiträgen ein Anspruch auf Krankengeld oder ein Anspruch auf eine Leistung, die anstelle von Krankengeld gewährt wird, ergeben kann, ist der entsprechende Beitrag um 4 % zu vermindern. Dieser Kürzungsbetrag wird, mit Ausnahme des Kürzungsbetrags für selbstversicherte Kinder, bei den übrigen Kranken- und Pflegeversicherungen berücksichtigt.
(§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Satz 4 und Nr. 3a EStG)

K04 Ansetzbarer Kürzungsbetrag bei den übrigen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen

Der Kürzungsbetrag auf die Krankenversicherungsbeiträge, für die ein Anspruch auf Krankengeld oder ein Anspruch auf eine Leistung, die anstelle von Krankengeld gewährt wird, wird mit Ausnahme des Kürzungsbetrags für selbstversicherte Kinder bei den übrigen Kranken- und Pflegeversicherungen berücksichtigt.
(§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Satz 4 und Nr. 3a EStG)

K05 Übrige Vorsorgeaufwendungen - Reduzierter Höchstbetrag Ehemann

Vorsorgeaufwendungen sind bis zu einem Höchstbetrag von 2.800 € zu berücksichtigen. Bei Personen, die ganz oder teilweise ohne eigene Aufwendungen einen Anspruch auf vollständige oder teilweise Erstattung oder Übernahme von Krankheitskosten haben oder für deren Krankenversicherung Leistungen im Sinne des § 3 Nr. 9, 14, 57 oder 62 EStG erbracht werden, reduziert sich der Höchstbetrag jedoch auf 1.900 €.
(§ 10 Abs. 4 Satz 1 und 2 EStG)

K06 Höchstbetrag übrige Vorsorgeaufwendungen

Übrige Vorsorgeaufwendungen sind in diesem Fall bis zu einem Höchstbetrag von 3.800 € steuerlich abzugsfähig. Dieser Höchstbetrag ist unter Berücksichtigung der bisherigen Angaben bereits erreicht und weitere Versicherungsbeiträge wirken sich daher nicht aus.
(§ 10 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 EStG)

K07 Summe der Versicherungsbeiträge

Für die Vergleichsberechnung nach Rechtsstand 2004 werden nur Vorsorgeaufwendungen einbezogen, die nach dem ab 2005 geltenden Recht abziehbar sind. Hierzu gehört jedoch nicht der nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG hinzuzurechnende Betrag (= steuerfreier Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung und ein diesem gleichgestellter steuerfreier Zuschuss des Arbeitgebers).
(§ 10 Abs. 4a EStG)

K08 Minderung des Vorwegabzugs

Die Minderung des Vorwegabzugs ist grundsätzlich bei allen Arbeitnehmern vorzunehmen, die in der gesetzlichen Sozialversicherung pflichtversichert sind oder die nicht pflichtversichert sind und von Ihrem Arbeitgeber steuerfreie Zuschüsse zu einer Lebensversicherung oder freiwilligen Rentenversicherung erhalten. Ebenso bei Beamten, Soldaten, Richtern, Abgeordneten und GmbH-Geschäftsführern und Vorstandsmitgliedern einer AG, die vom Unternehmen eine Pensionszusage erhalten haben.
(§ 10 Abs. 3 EStG)

K09 Höchstbetrag Vorsorgeaufwendungen bis 2004

Vorsorgeaufwendungen (Versicherungsbeiträge) sind nur bis zu einem bestimmten Höchstbetrag steuerlich abzugsfähig. Dieser Höchstbetrag nach Rechtsstand bis 2004 ist unter Berücksichtigung der bisherigen Angaben bereits erreicht und weitere Versicherungsbeiträge wirken sich daher nicht aus.
(§ 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 und 3 EStG (2004))

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Ermittlung der Freibeträge für Kinder und Abgleich mit dem Kindergeld

Michail, geboren am 10.07.1998

Ermittlung des Kindergelds

Monat	Ansatz	Kindergeld
Januar	volles Kindergeld	190,00
Februar	volles Kindergeld	190,00
März	volles Kindergeld	190,00
April	volles Kindergeld	190,00
Mai	volles Kindergeld	190,00
Juni	volles Kindergeld	190,00
Juli	volles Kindergeld	190,00
August	volles Kindergeld	190,00
September	volles Kindergeld	190,00
Oktober	volles Kindergeld	190,00
November	volles Kindergeld	190,00
Dezember	volles Kindergeld	190,00

Insgesamt 2.280,—

Ermittlung des Kinderfreibetrags

Monat	Ansatz	Kürzung (Ländergruppe)	Freibetrag
Januar	voller Freibetrag	keine	384,00
Februar	voller Freibetrag	keine	384,00
März	voller Freibetrag	keine	384,00
April	voller Freibetrag	keine	384,00
Mai	voller Freibetrag	keine	384,00
Juni	voller Freibetrag	keine	384,00
Juli	voller Freibetrag	keine	384,00
August	voller Freibetrag	keine	384,00
September	voller Freibetrag	keine	384,00
Oktober	voller Freibetrag	keine	384,00
November	voller Freibetrag	keine	384,00
Dezember	voller Freibetrag	keine	384,00

Insgesamt 4.608,—

Ermittlung des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf

Monat	Ansatz	Kürzung (Ländergruppe)	Freibetrag
Januar	voller Freibetrag	keine	220,00
Februar	voller Freibetrag	keine	220,00
März	voller Freibetrag	keine	220,00
April	voller Freibetrag	keine	220,00
Mai	voller Freibetrag	keine	220,00
Juni	voller Freibetrag	keine	220,00
Juli	voller Freibetrag	keine	220,00
August	voller Freibetrag	keine	220,00
September	voller Freibetrag	keine	220,00
Oktober	voller Freibetrag	keine	220,00
November	voller Freibetrag	keine	220,00
Dezember	voller Freibetrag	keine	220,00

Insgesamt 2.640,—

Ergebnis der Günstigerprüfung des Kindergeldanspruchs und dem Ansatz der Freibeträge für Kinder

Zu versteuerndes Einkommen		
vor Abzug der Freibeträge für Kinder	75.896,—	
darauf entfallender Steuerbetrag		16.047,—
ab Freibeträge für Kinder nach § 32 Abs. 6 EStG	7.248,—	
Zu versteuerndes Einkommen nach Abzug der Freibeträge	68.648,—	
darauf entfallender Steuerbetrag		13.577,—
Steuerersparnis durch den Ansatz der Freibeträge für Kinder		2.470,—
Kindergeldanspruch		2.280,—

Anzusetzende Freibeträge für Kinder nach § 32 Abs. 6 EStG 7.248,—

Amelie, geboren am 07.10.2009

Ermittlung des Kindergelds

Monat	Ansatz	Kindergeld
Januar	volles Kindergeld	190,00
Februar	volles Kindergeld	190,00
März	volles Kindergeld	190,00
April	volles Kindergeld	190,00
Mai	volles Kindergeld	190,00
Juni	volles Kindergeld	190,00
Juli	volles Kindergeld	190,00
August	volles Kindergeld	190,00
September	volles Kindergeld	190,00
Oktober	volles Kindergeld	190,00
November	volles Kindergeld	190,00
Dezember	volles Kindergeld	190,00

Insgesamt 2.280,—

Ermittlung des Kinderfreibetrags

Monat	Ansatz	Kürzung (Ländergruppe)	Freibetrag
Januar	voller Freibetrag	keine	384,00
Februar	voller Freibetrag	keine	384,00
März	voller Freibetrag	keine	384,00
April	voller Freibetrag	keine	384,00
Mai	voller Freibetrag	keine	384,00
Juni	voller Freibetrag	keine	384,00
Juli	voller Freibetrag	keine	384,00
August	voller Freibetrag	keine	384,00
September	voller Freibetrag	keine	384,00
Oktober	voller Freibetrag	keine	384,00
November	voller Freibetrag	keine	384,00
Dezember	voller Freibetrag	keine	384,00

Insgesamt 4.608,—

Ermittlung des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf

Monat	Ansatz	Kürzung (Ländergruppe)	Freibetrag
Januar	voller Freibetrag	keine	220,00
Februar	voller Freibetrag	keine	220,00
März	voller Freibetrag	keine	220,00
April	voller Freibetrag	keine	220,00
Mai	voller Freibetrag	keine	220,00
Juni	voller Freibetrag	keine	220,00
Juli	voller Freibetrag	keine	220,00
August	voller Freibetrag	keine	220,00
September	voller Freibetrag	keine	220,00
Oktober	voller Freibetrag	keine	220,00
November	voller Freibetrag	keine	220,00
Dezember	voller Freibetrag	keine	220,00

Insgesamt 2.640,—

Ergebnis der Günstigerprüfung des Kindergeldanspruchs und dem Ansatz der Freibeträge für Kinder

Zu versteuerndes Einkommen		
nach Abzug der Freibeträge für das vorherige Kind	68.648,—	
darauf entfallender Steuerbetrag		13.577,—
ab Freibeträge für Kinder nach § 32 Abs. 6 EStG	7.248,—	
Zu versteuerndes Einkommen nach Abzug der Freibeträge	61.400,—	
darauf entfallender Steuerbetrag		11.223,—
Steuerersparnis durch den Ansatz der Freibeträge für Kinder		2.354,—
Kindergeldanspruch		2.280,—

Anzusetzende Freibeträge für Kinder nach § 32 Abs. 6 EStG 7.248,—

Sophie, geboren am 29.12.2011

Ermittlung des Kindergelds

Monat	Ansatz	Kindergeld
Januar	volles Kindergeld	196,00
Februar	volles Kindergeld	196,00
März	volles Kindergeld	196,00
April	volles Kindergeld	196,00
Mai	volles Kindergeld	196,00
Juni	volles Kindergeld	196,00
Juli	volles Kindergeld	196,00
August	volles Kindergeld	196,00
September	volles Kindergeld	196,00
Oktober	volles Kindergeld	196,00
November	volles Kindergeld	196,00
Dezember	volles Kindergeld	196,00

Insgesamt 2.352,—

Ermittlung des Kinderfreibetrags

Monat	Ansatz	Kürzung (Ländergruppe)	Freibetrag
Januar	voller Freibetrag	keine	384,00
Februar	voller Freibetrag	keine	384,00
März	voller Freibetrag	keine	384,00
April	voller Freibetrag	keine	384,00
Mai	voller Freibetrag	keine	384,00
Juni	voller Freibetrag	keine	384,00
Juli	voller Freibetrag	keine	384,00
August	voller Freibetrag	keine	384,00
September	voller Freibetrag	keine	384,00
Oktober	voller Freibetrag	keine	384,00
November	voller Freibetrag	keine	384,00
Dezember	voller Freibetrag	keine	384,00

Insgesamt 4.608,—

Ermittlung des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf

Monat	Ansatz	Kürzung (Ländergruppe)	Freibetrag
Januar	voller Freibetrag	keine	220,00
Februar	voller Freibetrag	keine	220,00
März	voller Freibetrag	keine	220,00
April	voller Freibetrag	keine	220,00
Mai	voller Freibetrag	keine	220,00
Juni	voller Freibetrag	keine	220,00
Juli	voller Freibetrag	keine	220,00
August	voller Freibetrag	keine	220,00
September	voller Freibetrag	keine	220,00
Oktober	voller Freibetrag	keine	220,00
November	voller Freibetrag	keine	220,00
Dezember	voller Freibetrag	keine	220,00

Insgesamt 2.640,—

Ergebnis der Günstigerprüfung des Kindergeldanspruchs und dem Ansatz der Freibeträge für Kinder

Zu versteuerndes Einkommen		
eventuell nach Abzug der Freibeträge für vorherige Kinder	61.400,—	
darauf entfallender Steuerbetrag		11.223,—
ab Freibeträge für Kinder nach § 32 Abs. 6 EStG	7.248,—	
Zu versteuerndes Einkommen nach Abzug der Freibeträge	54.152,—	
darauf entfallender Steuerbetrag		8.989,—
Steuerersparnis durch den Ansatz der Freibeträge für Kinder		2.234,—
Kindergeldanspruch		2.352,—

Es verbleibt beim höheren Kindergeld.

Übersichtstabelle zur Günstigerprüfung bei Kindern

Name des Kindes	Geburtsdatum	Kindergeld-anspruch	Kinder-freibetrag	Erziehungs-freibetrag	Abzug der Freibeträge	Steuerersparnis Ansatz Freibeträge
Michail	10.07.1998	2.280,—	4.608,—	2.640,—	7.248,—	2.470,—
Amelie	07.10.2009	2.280,—	4.608,—	2.640,—	7.248,—	2.354,—
Sophie	29.12.2011	2.352,—	4.608,—	2.640,—	Nein	2.234,—

Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG

Amelie, geboren am 07.10.2009

Kinderbetreuungskosten	1.261,—		
Davon 2/3		841,—	
Höchstbetrag		4.000,—	
Anzusetzen			841,—

Sophie, geboren am 29.12.2011

Kinderbetreuungskosten	2.207,—		
Davon 2/3		1.472,—	
Höchstbetrag		4.000,—	
Anzusetzen			1.472,—

Insgesamt			2.313,—
------------------	--	--	----------------

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Berechnung der Steuerermäßigung nach § 35a EStG

Steuerermäßigung nach § 35a Abs. 2 EStG

Insgesamt zu berücksichtigende Aufwendungen

765,—

Anzusetzende Steuerermäßigung 20 % von 765,— €

153,—

Steuerermäßigung insgesamt

153,—

Vergleich zwischen den Veranlagungsarten

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Hinweis zur Wahl der Veranlagungsart:

Es ist die Zusammenveranlagung ausgewählt. Dieses ist auch die günstigste Wahl für Sie.

Bei der Zusammenveranlagung ergibt sich eine Erstattung von insgesamt: 846,34

Bei der Einzelveranlagung von Ehepartnern mit Antrag auf hälftige Verteilung ergibt sich eine Nachzahlung von insgesamt: 8.972,57

Bei der Einzelveranlagung von Ehepartnern ohne Antrag auf hälftige Verteilung ergibt sich eine Nachzahlung von insgesamt: 6.270,71

Die Vergleichsberechnung bezieht sich ausschließlich auf diesen Veranlagungszeitraum und kann nur dann richtig erfolgen, wenn sämtliche Eingaben, insbesondere die Sonderausgaben, für beide Ehepartner richtig zugeordnet worden sind.

Erstattungen	Einzelveranlagung von Ehepartnern mit Antrag			Zusammenveranlagung	Differenz
Nachzahlungen	Ehemann	Ehefrau	Summe		
Einkommensteuer	8.314,00	0,00	8.314,00	819,00	9.133,00
Kirchensteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag	658,57	0,00	658,57	27,34	685,91
Insgesamt	8.972,57	0,00	8.972,57	846,34	9.818,91

Erstattungen	Einzelveranlagung von Ehepartnern ohne Antrag			Zusammenveranlagung	Differenz
Nachzahlungen	Ehemann	Ehefrau	Summe		
Einkommensteuer	5.753,00	0,00	5.753,00	819,00	6.572,00
Kirchensteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag	517,71	0,00	517,71	27,34	545,05
Insgesamt	6.270,71	0,00	6.270,71	846,34	7.117,05

Achtung: Nur für Ihre Unterlagen! Nicht an das Finanzamt abgeben.

Berechnung 2016 für Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag

Aktuelle Veranlagungswahl: Zusammenveranlagung

Festsetzung	Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €
Festgesetzt werden	15.783,00	494,39
ab Steuerabzug vom Arbeitslohn		
- Ehemann	16.602,00	521,73
- Ehepartner	0,00	0,00
Verbleibende Beträge	-819,00	-27,34
Abrechnung		
Abzurechnen sind	-819,00	-27,34
bereits gezahlt (Vorauszahlungen)	0,00	0,00
Unterschiedsbetrag	-819,00	-27,34
Ausgleich durch Verrechnung	0,00	0,00
demnach zu viel entrichtet	819,00	27,34

Erstattungsbetrag: **846,34**

Steuerkurzberechnung für das Jahr 2016

Wahl der Veranlagung: Zusammenveranlagung

	Ehemann Euro	Ehefrau Euro
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit		
Bruttoarbeitslohn	87.246	
ab Werbungskosten		
Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	767	
Übrige Werbungskosten	475	145
Einkünfte	86.004	-145
Sonstige Einkünfte		
Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen und aus betrieblichen Altersvorsorgen	2.328	
ab Werbungskosten-Pauschbetrag	102	
Einkünfte	2.226	0
Summe der Einkünfte	88.230	-145
Verlustrücklage Ehepartner	-145	145
Gesamtbetrag der Einkünfte	88.085	0
Gesamtbetrag der Einkünfte insgesamt		88.085
ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben		
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	13.913	
davon 82 %	11.409	
ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung verbleiben	6.956	4.453
Beiträge zur Basiskrankenversicherung	7.984	
ab Kürzungsbetrag	170	
verbleiben	7.814	
Beiträge zur Pflegeversicherung	1.195	
Summe der Beiträge	9.009	
ab steuerfreie Arbeitgebererstattungen	4.309	
verbleiben		4.700
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen		9.153

ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben		
Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG	2.313	
Ausbildungskosten	723	
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben		3.036
Einkommen		75.896
ab Kinderfreibeträge für 2 Kinder		9.216
ab Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf für 2 Kinder		5.280
zu versteuerndes Einkommen		61.400